
EURO-WÄHRUNG:
„UNPOLITISCHES“ GELD?

Rezension von: Theresia Theurl, *Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte*, Österreichischer Studien-Verlag, Innsbruck 1992, 352 Seiten, öS 438,-; und: dieselbe, *Die Europa-Währung im Spannungsfeld von Märkten und Politik*, Österreichischer Studien-Verlag, Innsbruck 1992, 46 Seiten, öS 112,-.

Die beiden Bücher befassen sich mit einem Teilaspekt der Maastrichter Verträge, nämlich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die gemeinsame Währung für Europa stand im letzten Jahr oft im Mittelpunkt politischer Diskussionen. Die Deutschen haben Angst, ihre harte Mark gegen eine europäische Weichwährung einzutauschen zu müssen, erfüllen aber zur Zeit nicht einmal die von ihnen geforderten strengen Konvergenzkriterien, die eine Teilnahme eines EG-Staates an der Währungsunion erst erlauben. Die Dänen erfüllen zwar die Konvergenzkriterien, wollen aber an der Währungsunion nicht teilnehmen. Andere Staaten wiederum benützen die vorgeschriebenen Konvergenzkriterien als Begründung für eine restriktive Wirtschaftspolitik, die aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten auf jeden Fall erforderlich wäre. Und viele sehen in der WWU die einmalige Gelegenheit, die Dominanz der Deutschen Bundesbank in bezug auf die Geldpolitik in Europa zu beseitigen.

Theurl nimmt in dieser Diskussion am ehesten den Standpunkt der Deutschen ein. Sie bezweifelt die Vorteile einer gemeinsamen Währung in Europa nicht, meint aber, daß das bisher geschaffene politische und wirt-

schaftspolitische Umfeld kein Garant für den Erfolg einer europäischen Währung ist. Die Autorin äußert mehrmals die Befürchtung eines Stabilitätsverlustes durch die Einführung des ECU. Da in den Augen von Theurl die Vorteile bisher überbewertet wurden und vor allem die Umstellungskosten zuwenig berücksichtigt wurden, plädiert sie dafür, die Einführung einer einheitlichen Währung erst zu einem Zeitpunkt vorzunehmen, zu dem eine Irreversibilität garantiert ist. Der Schritt zu einer Europäischen Währung „darf sich nicht im nachhinein als falsch erweisen“ (Theurl [1992b] 36).

Theurls Beiträge zur Diskussion über die WWU sind auch von den Zeitpunkten ihrer Erscheinung interessant, da „Eine gemeinsame Währung für Europa“ mit dem Tag der Paraphierung der Maastrichter Verträge abgeschlossen wurde und „Die Europa-Währung im Spannungsfeld von Märkten und Politik“ eine Abschrift eines Anfang November 1992 (1) gehaltenen Vortrages ist.

*„Eine gemeinsame Währung
für Europa“*

Theurl versucht in diesem Buch anhand von sechs Beispielen monetärer Unionen aus dem 19. Jahrhundert zwölf Lehren für die WWU abzuleiten.

In Teil I des Buches erläutert die Autorin die Fragestellung, stellt die Relevanz von historischen Beispielen dar und führt in das Thema monetäre Unionen ein.

Teil II widmet sich in über 220 Seiten den sechs historischen Beispielen. Mit der Unterscheidung zweier Unionstypen legt die Autorin bereits fest, welche Voraussetzungen sie für eine erfolgreiche Währungsunion als notwendig erachtet.

Monetäre Unionen *souverän bleibender Staaten* sind im Laufe der Adaptionsprozesse von Maßnahmen einer institutionellen Desintegration dominiert.

Diese Desintegration führt auf Dauer zu einer Auflösung der Union. Sowohl der Lateinische Münzbund, die Deutsch-Österreichische Münzunion als auch die Skandinavische Münzunion waren aufgrund mangelnder politischer Unifikation zum Scheitern verurteilt.

Im Gegensatz dazu waren die monetären Finalunionen der *politischen Unionen* in ihrer Entwicklung von einer institutionellen Integration bzw. Zentralisierung der geldpolitischen Akteure gekennzeichnet.

Die Schweizer, die italienische und die deutsche Währungsunion waren – nach Meinung der Autorin – deshalb erfolgreich, weil auf Grundlage einer politischen Union die Monopolisierung des Emissionsrechtes möglich war. Die anfänglichen Schwierigkeiten in der Schweiz und in Italien seien auf den geringen ökonomischen Integrationsgrad zurückzuführen. „Die Einführung einer gemeinsamen Währung könnte, pointiert und in moderner Terminologie formuliert und ausschließlich auf den Zeitpunkt der politischen Unifikation bezogen, in Deutschland als Krönung des vorangegangenen Integrationsprozesses, in der Schweiz und in Italien als Grundstein für die Integration regionaler Einheiten interpretiert werden“ (S. 137).

Die im Vergleich zur Schweizer oder italienischen Einigung wesentlich höhere Bedeutung der Banknoten zum Zeitpunkt der deutschen Unifikation trug zu deren effizienteren Umsetzung bei. Somit stellt sich die Frage, inwieweit Transformationsschwierigkeiten nicht so sehr auf den Unifikationsprozeß und dessen politische Komponente zurückzuführen sind, als vielmehr in Änderungen im Geldwesen ihre Ursache finden. Im 19. Jahrhundert waren das Münzwesen und die Banknotenemissionen nicht auf gemeinwirtschaftliche Ziele, sondern auf kommerzielle bzw. privatwirtschaftliche Ziele ausgerichtet. Erst mit den Währungsunionen fand hier eine Umstellung statt.

Für das Scheitern der monetären Unionen souveräner Staaten waren wei-

ters folgende Faktoren ausschlaggebend:

- ungenügend präzises Regelwerk;
- keine Adaption des Vertrages bei sich verändernden Voraussetzungen;
- stetige institutionelle Desintegration
- und nationale Strategien bei externen Schocks.

Alle monetären Unionen haben aber gemeinsam, daß die faktische Integration nach der Gründung einer monetären Union (auch wenn sie nur von vorübergehendem Bestand war) höher blieb, als sie zuvor war.

Teil III gibt einen kurzen historischen und ökonomischen Überblick über den Weg zu einer Währung für Europa.

Teil IV versucht, die aus der Analyse der Fallbeispiele des 19. Jahrhunderts gewonnenen Erkenntnisse in zwölf Thesen zusammenzufassen. Sie sind als Input für Diskussionen der beschlossenen WWU und als Bedingungen für deren Erfolg gedacht.

Eine gemeinsame Währung für Europa soll auch die Funktion einer Integrationslokomotive übernehmen. Bedingung hierfür ist aber, daß es keine unterschiedlichen Integrations-Visionen der Teilstaaten gibt und keine divergierenden Ziele verfolgt werden. Souveränitätsreste der Teilstaaten wirken als inhärenter Sprengsatz in monetären Unionen. Die Autorin sieht Mängel in den Verträgen zur Europäischen Union bezüglich der verbleibenden Souveränitätsrechte und bezüglich der Konkretheit des Zieles (2).

Wenn auch die ökonomische Notwendigkeit zu einer gemeinsamen Währung besteht, sollten die Vorteile im Verhältnis zu den Friktionen in der Übergangsphase nicht überbewertet werden. Die Autorin kann sich zwei Szenarien bezüglich der politischen Dimension von Europa-Geld vorstellen. „Geld wird unpolitisch“ oder „Geld wird europapolitisch.“ „Unpolitisches“ Geld würde den Verzicht auf ein wirtschaftspolitisches Instrument bedeuten. Auch wenn diese Variante, wie die Autorin selbst meint, unwahrscheinlich ist, erweckt sie den Eindruck, diese zu bevorzugen. Für

die Autorin scheint es keine Frage zu sein, ob es „unpolitisches“ Geld überhaupt gibt.

Monetäre Unionen ohne monetäre Superinstanz seien zum Scheitern verurteilt. Die Neutralisierung der Auswirkungen der nationalen Wirtschaftspolitik sei eine wesentliche Bedingung für den Bestand und die Qualität der Währungsunion. Die bisher festgelegten Koordinationsregeln seien ungenügend und müssen ausgebaut werden, um den Bestand der Währungsunion zu sichern.

Auch wenn die ökonomischen Voraussetzungen und die institutionellen Strukturen in der EG günstiger sind als bei den monetären Unionen des 19. Jahrhunderts, dürfen – um den Erfolg der Währungsunion zu garantieren – die Konvergenzkriterien im politischen Prozeß keine Aufweichung erfahren.

Regelsysteme monetärer Unionen sind von einem trade off zwischen Bestimmtheit und Flexibilität gekennzeichnet. Um zentrifugale Kräfte zu minimieren, dürfen diese keine monetären Ordnungszusammenhänge vernachlässigen, und es dürfen keine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterdrückt werden, „da sie ihre eigenen Wege haben, um sich gegen Illusionen durchzusetzen“ (S. 335).

Um die Irreversibilität der WWU zu garantieren, gibt es der Meinung der Autorin nach nur drei Möglichkeiten: entweder wird das Geld völlig aus dem politischen Bereich gelöst, oder die politischen Strukturen sind ebenfalls zu europäisieren, oder aber es sind ökonomische Voraussetzungen dafür zu schaffen, „daß eine europäische Währung ein überlegenes monetäres Arrangement darstellt“ (sic!). (S. 338)

„Die Europa-Währung im Spannungsfeld von Märkten und Politik“

Dieses Buch gibt einen kurzen Überblick der Bedenken, welche die

Autorin in bezug auf die europäische Währungsunion hegt. Während sie in „Eine gemeinsame Währung für Europa“ noch aufgrund historischer Fakten Beweise zu führen versucht, argumentiert sie hier vor allem politisch.

Neu hinzu kommen Vorbehalte aufgrund mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung (inzwischen wurden die Referenden in Dänemark, Irland und Frankreich abgehalten) und das Argument, wonach die Störungen im EWS zeigen, daß die notwendige Konvergenz für eine Währungsunion in der EG nicht gegeben ist (3).

Die Abneigung der Autorin gegen „politisches Geld“ kommt auch in diesem Vortrag deutlich zum Ausdruck. „Die Herausbildung eines ‚europäischen Geldes‘ kann aus heutiger Sicht nicht ausgeschlossen werden. In Polit-Karikaturen findet sich dafür das Bild der aneinandergelinkten Inflationsgemeinschaft“ (S. 34).

„Eine gemeinsame Währung für Europa“ und „Die Europa-Währung im Spannungsfeld von Märkten und Politik“ sind interessante Beiträge zur laufenden Diskussion über die WWU. Leider werden aber in beiden Büchern zum Teil Thesen verbreitet, ohne ausreichende Argumente für diese zu liefern. Wieso z. B. sollte ein „unpolitisches“ Geld einem „europäischen“ Geld überlegen sein? Oder wieso kann wirtschaftspolitischer Enthaltensamkeit ein Wert per se zugemessen werden?

Wenn der Rezensent auch mit den Schlußfolgerungen der Autorin oft nicht übereinstimmt, sind die sechs historischen Beispiele von Währungsunionen doch eine wertvolle Bereicherung der Diskussion. In beiden Büchern sind Anregungen zu finden, die weitere Diskussionen über die WWU, die Europäische Union und die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft initiieren können.

Florian Steininger

Anmerkungen

- (1) Nach den Referenden über Maastricht in Dänemark, Frankreich und Irland und nach den Anfängen der Währungsturbulenzen im EWS.
- (2) Dies kommt vor allem in „Die Europa-Währung im Spannungsfeld von Märkten und Politik“ zum Ausdruck.
- (3) Heute weiß man auch, daß die Turbulen-

zen im EWS durch unglückliche Umstände verstärkt wurden (vgl. Financial Times vom 11. Dezember 1992 und vom 12./13. Dezember 1992) und daß auch EWS-Währungen unter Druck gerieten oder gar abwerten mußten, obwohl in den wirtschaftlichen Eckdaten der entsprechenden Staaten hierfür keine Begründung zu finden ist.